

<b>Antrag zur Beratung des Haushaltsbegleitbeschlusses 2010</b>	Beratungs-Nr. <sup>1</sup>
Antragsteller <b>Gabi Gärtner RM SOLINGEN AKTIV</b>	Antragsdatum <b>07.07.2010</b>

<b>A) Antrag an</b>
Bezirksvertretung:
Fachausschuss:
Finanzausschuss: <input type="checkbox"/>
Rat: <input checked="" type="checkbox"/>

<b>B) Antrag zum Haushaltssicherungskonzept</b>					
<input checked="" type="checkbox"/> neue Maßnahme		Maßnahme-Nr.:			
		<input type="checkbox"/> anpassen		<input type="checkbox"/>	
		löschen			
HSK-Bezeichnung (soweit bereits vorhanden)					
HSK-Bezeichnung (lt. Änderungsantrag)	<p>Prüfung, Verhandlungsaufnahme und Forderung nach einem Zins- und Schuldenmoratorium, sowie Altenschuldenregelung des Landes Der Rat der Stadt Solingen beauftragt den Oberbürgermeister,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sich nach Kräften bei den zuständigen, überörtlichen Gremien für eine Altschuldenregelung und Möglichkeiten eines Zins- und Schuldenmoratoriums finanzschwacher Kommunen einzusetzen. Land und Bund sollen einen Teil der Altschulden übernehmen.</li> <li>2. sich dazu mit möglichst vielen anderen Städten in vergleichbarer Lage zusammenzuschließen und bundesweite Initiativen für kommunale Hilfen zu unternehmen, sowie rechtliche Maßnahmen zu prüfen</li> <li>3. im Finanzausschuss soll regelmäßig über das Schuldenmanagement informiert und dem Rat zeitnah über die Ergebnisse der Verhandlungen berichtet werden.</li> <li>4. Der Rat der Stadt Solingen beauftragt den Oberbürgermeister bzw. das Finanzmanagement selbst in entsprechende Verhandlungen über Schulden- und Zinserlasse mit den Gläubigerbanken einzutreten. Dem Rat soll eine Übersicht über die Gläubigerbanken bzw. Sparkassen für Kassenkredite sowie für Investitionskredite zur Verfügung gestellt werden.</li> </ol>				
HSK-Ziel (EUR)	2010	2011	2012	2013	strukturell
Verwaltungsvorschlag:	0	0	0	0	0
Änderungsantrag:	0	0	0	0	

<sup>1</sup> Wird von der Verwaltung ausgefüllt

#### Begründung

Es ist nicht einzusehen, dass bei fast sämtlichen sozialen und kulturellen Leistungen, die die Masse der Solinger Bürgerinnen und Bürger betreffen, „ohne Tabus“ gespart wird, die massiv steigende Zinsbelastung durch die Banken und die Sparkasse aber davon ausgenommen sein sollen.

Die mit dem "Essener Signal" angekündigten Maßnahmen für Hilfen für die Kommunen haben bisher nicht gefruchtet und wurden nach unserer Kenntnis durch Stadtspitze und Verwaltung auch nicht weiter konsequent betrieben. Die angekündigten Hilfen der neuen Landesregierung bleiben nach bisherigen Kenntnissen weit unter dem Bedarf. Die daran gebundenen "Spar"maßnahmen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger dagegen werden rigoros durchgesetzt.

Mit 51 Mio. € beträgt allein die Zinslast für Liquiditätskredite von 2010 bis 2013 mehr als das errechnete Konsolidierungsvolumen von 45 Mio. €.

Eine vollständige Zinsentlastungen von 2010 bis 2013 würde entsprechend der Mitteilungen des Finanzmanagements an den Rat vom 27.5.2010 eine Gesamtentlastung von 84.700.000 € bedeuten!

Ein genauer Betrag über das Ergebnis kann von uns selbstverständlich noch nicht beziffert werden.

Die schnellen Entscheidungen des Bundes in der Finanzkrise zur finanziellen Unterstützung von Banken, die Übernahme von "faulen Krediten" durch Auslagerung in Bad Banks, die in Teilen vom Bund/Land übernommen wurden (WestLB) macht deutlich, dass bei "Notwendigkeit" schnelle und auch unkonventionelle Maßnahmen möglich sind. Die Situation der Kommunen erfordert allemal derartige Maßnahmen, die durch diesen Antrag geprüft und gefördert werden sollen.

Durch die jahrelangen hohen Zinszahlungen sind die Schulden an die Banken faktisch schon zurückbezahlt, nüchtern betrachtet ist davon auszugehen, dass die Kommunen die Schulden ohnehin in absehbarer Zeit nicht zurückzahlen werden.